

An:



- ◆ **Herrn Ministerpräsidenten Stephan Weil**
- ◆ **Frau Ministerin Dr. Carola Reimann**
- ◆ **Herrn Minister Boris Pistorius**

Resolution

Die Delegierten der 114. Plenumssitzung des Niedersächsischen Integrationsrates fordern die Niedersächsische Landesregierung auf, die Streichung der kostenlosen Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs für die Bewohnerinnen und Bewohnern zwischen der Erstaufnahmeeinrichtung „Kloster Blankenburg“ und der Stadt Oldenburg sofort zurück zu nehmen.

Mit der Wiedereröffnung der Erstaufnahmeeinrichtung „Kloster Blankenburg“ am Stadtrand von Oldenburg hatte das Land Niedersachsen eine kostenlose Nutzung einer Busverbindung zwischen der Einrichtung und der Innenstadt Oldenburgs möglich gemacht. Diese jahrelange gute Praxis ist zum Ende des Jahres 2018 durch das Land gestrichen worden. Gründe für die Streichung des Angebotes wurden - zumindest öffentlich - nicht bekannt.

Das Land Niedersachsen trägt für die asylsuchenden Menschen die Verantwortung nicht nur für ihre angemessene Unterbringung und Versorgung, sondern ebenso für eine gute soziokulturelle Einbindung der dort lebenden Bewohnerinnen und Bewohner.

Die Einrichtung „Kloster Blankenburg“ liegt 6 Kilometer außerhalb Oldenburgs in einer sehr ländlichen Umgebung. Die nächstgelegenen Häuser sind ca. 1 Kilometer entfernt. Eine Linie des örtlichen Betreibers des öffentlichen Nahverkehrs verbindet die Einrichtung werktags im 1-Stunden-Takt mit der Innenstadt und dem Bahnhof Oldenburgs.

Die Streichung der kostenlosen Busnutzung bedeutet für die Bewohnerinnen und Bewohner eine Isolierung in der Einrichtung. Die Einrichtung verfügt über keinerlei Einkaufsmöglichkeit und hat keine Beratungsangebote durch freie Träger. Hinzu kommt, dass sie nur über sehr wenige Freizeitangebote verfügt. Verkehrssichere Fahrräder, die die Bewohnerinnen und Bewohner nutzen könnten, stehen nur wenige zur Verfügung. Eine Teilnahme am Leben in der Stadt Oldenburg ist dadurch sehr schwer möglich.

Besonders Frauen und Kinder sind von dieser Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen betroffen. Denn sie werden nur selten zu Fuß oder mit dem Rad den 6 Kilometer langen Weg zur Innenstadt bewältigen, bei schlechter Witterung und Dunkelheit auf den größtenteils nicht beleuchteten Wegen überhaupt nicht.

Eine Hin- und Rückfahrt mit dem Bus kostet für einen Erwachsenen 5,00 €, Kinder bezahlen hierfür 3,00 €. Dies ist eine große finanzielle Belastung für die Bewohnerinnen und Bewohner, die nur über das Taschengeld (gem. Asylbewerberleistungsgesetz) verfügen.

Daher fordern die Delegierten des Niedersächsischen Integrationsrates die Landesregierung auf, die Streichung der kostenlosen Busnutzung sofort rückgängig zu machen und den Bewohnerinnen und Bewohnern der Einrichtung die kostenlose Busnutzung wieder zu ermöglichen.

Hameln, 03. März 2019